

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 888 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Ernst Waltemathe MdB  
zu einem Problem der  
Chilenen und der Deut-  
schen: "Colonia Digni-  
dad".

Seite 1

Ludwig Fellermaier zu  
den Aussichten nach  
den türkischen Parla-  
mentswahlen: Schwere  
Zeiten für den Mann  
am Bosphorus.

Seite 3

### Dokumentation

Der stellvertretende  
SPD-Partei- und Frak-  
tionsvorsitzende Wolf-  
gang Thierse hielt die  
Laudatio auf den  
Deutschlandsander  
Kultur anlässlich der  
Verleihung des Kultur-  
preises der Kulturpoliti-  
schen Gesellschaft.  
(Teil II und Schluß).

Seite 4

45. Jahrgang / 203

23. Oktober 1991

### "Colonia Dignidad"

Zu einem Problem der Chilenen und der Deutschen

Von Ernst Waltemathe MdB

Vorsitzender der deutsch-chilenischen Parlamentariergruppe des  
Bundestages

Über 30 Jahre sind es her, seitdem Paul Schäfer (s seinerzeit von Inter-  
pol wegen päderastischer Beziehungen zu "Schutzbefohlenen" ge-  
sucht) mit der sektenähnlichen Abspaltung deutscher Baptisten-Ge-  
meinden Zuflucht in Chile fand und einen als "Kolonie der Würde" be-  
zeichneten Staat im Staate errichtete. Am 25. Juni 1961 wurde die pri-  
vate Stiftung Colonia Dignidad durch öffentliche Urkunde zur juristi-  
schen Person.

1965 gab es eine parlamentarische Untersuchung in Chile über diese  
"deutsche Siedlung", viel Staub wurde aufgewirbelt, aber ein Ergebnis  
nicht erzielt.

Die eigentlichen offiziell genannten Ziele der "Gemeinnützigen" Stiftung  
waren:

- o Hilfe für bedürftige Kinder und Jugendliche, insbesondere Waisen
- o schulische, technische und landwirtschaftliche Erziehungsarbeit
- o Betreuung eines Kindergartens und eines Jugendheimes
- o Errichtung einer Grundschule und einer weiterführenden Schule  
nach chilenischem Recht
- o Ausbildungswerkstätten für Schreinerei, Bau, Elektronik, Bäckerei  
und Landwirtschaft
- o Kultur- und Musikabende.

Die Colonia Dignidad betrieb auch ein Krankenhaus, das angeblich  
"kostenlos" die Behandlung von Bewohnern der Region Südchile ge-  
währleistete.

Tatsächlich wurden 248 "deutsche Siedlern" in einer Art Sklavenhaft  
gehalten, die für harte Arbeit weder Lohn noch Altersvorsorge erhielten  
und am (steuerfreien) Gewinn der Erzeugergemeinschaft nicht beteiligt  
wurden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veränderten Umfang  
mit verschärften Kontrollen  
Kreuzung-Papier



Tatsächlich hat die Kolonie nie Waisenkinder aufgenommen, in der Schule wurden nur 50 (deutsche) Kinder unterrichtet, die spanische Sprache wurde nie unterrichtet. Tatsächlich wurden auch Kinder- und Jugendarbeit erzwungen, deren Erträge das Vermögen der Stiftung mehrten.

Tatsächlich gab es weder die Möglichkeit der Freizügigkeit nach außen noch das Besuchs- und Kontaktrecht nach innen.

Tatsächlich war keine Buchführung über die wirtschaftlichen Tätigkeiten, die zollfreien Importe und die Verkaufsumsätze vorhanden.

Die Colonia Dignidad, diktatorisch geführt, hat offensichtlich nicht nur die Menschenrechte von deutschen Staatsbürgern grob verletzt (Anhörung des Bundestagsunterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe Anfang 1988), sondern durch Zusammenarbeit mit dem Pinochet-Geheimdienst DINA zumindest von 1973 bis 1976 erheblich zu staatlichen Menschenrechtsverletzungen (Verschwindenlassen, Folterungen) die schmutzigen Hände gereicht. Die Beziehungen zu Frau und Herrn Pinochet, zum DINA-Chef Manuel Contreras und zu Justizministerium und Gerichten der Militärjunta waren hervorragend.

Der demokratisch gewählte Präsident Chiles, Patricio Aylwin, der schon 1966 ein aktiver Beteiligter der parlamentarischen Untersuchung gegen die Machenschaften der Führung der Colonia Dignidad war, hat schon bald nach Amtsübernahme im März 1990 angeordnet, mit allen dem chilenischen Recht eigenen juristischen Mitteln die Auflösung der "deutschen Kolonie" zu betreiben.

Die vom Präsidenten eingesetzte Regierungskommission hat zügig gearbeitet und Handhaben nachgewiesen nach dem

- Gemeinnützigkeitsrecht
- Stiftungsrecht
- Steuerrecht
- Verfassungsrecht
- Zivilrecht.

Die Anerkennung der "juristischen Person" beziehungsweise der "gemeinnützigen Stiftung" wurde widerrufen, die Konfiszierung des Vermögens der Colonia Dignidad angeordnet beziehungsweise die Vermögensübertragung auf die Methodisten-Kirche.

Der Oberste Gerichtshof Chiles hat inzwischen einstimmig den Einspruch von 17 (rechts-) oppositionellen Senatoren Chiles gegen das Regierungsdekret auf Vermögensübergabe zurückgewiesen. Zur Zeit ist von chilenischen Gerichten noch in drei weiteren Einspruchsfällen gegen das Regierungsdekret eine Entscheidung zu treffen.

Es ist zu hoffen, daß die rechtsstaatlichen Verfahren baldmöglichst abgeschlossen werden können. Die deutsch-chilenischen Beziehungen sind durch das gemeinschaftswidrige Wirken der "deutschen Siedlung" schwer belastet worden; in den 70er Jahren war das Wirken der deutschen Botschaft in Santiago de Chile eher von Kumpanei-verdächtigen Vertuschungen über die Colonia Dignidad und ihre Verstrickungen in Geheimdienstoperationen des Pinochet-Regimes geprägt als von aufklärender Hilfe zugunsten unfreiwillig in der Siedlung als Sklaven gehaltenen Deutscher und politisch verfolgter Chilenen. Das Auswärtige Amt hat erst massiv reagiert, als 1987 der Skandal nicht mehr herunterzuspielen war.

Den Medien und den demokratischen Politikern Chiles, an der Spitze Herrn Präsidenten Aylwin, ist es zu verdanken, wenn entschlossen und mutig ein Problem angepackt wurde, das sowohl für die Republik Chile als auch für die Bundesrepublik Deutschland mehr als dunkle Schatten auf die Menschenrechtssituation warf.

(-/23. Oktober 1991/rs/lr)

\*\*\*\*\*

**Schwere Zeiten für den Mann am Bosphorus  
Zu den Aussichten nach den türkischen Parlamentswahlen**

Von Ludwig Fallermaier

Vorsitzender der Koordinierungsgruppe Türkei beim SPD-Partelvorstand

Der Altmeister der türkischen Politik 'Pascha' Süleyman Demirel, der in seinem 65jährigen Leben sechsmal Ministerpräsident wurde - zweimal wurde er von den Militärs verjagt - und jeweils in der dann folgenden politischen Verbannung still sein comeback vorbereitete, hat es wieder einmal geschafft. In seiner ganz auf seine Person zugeschnittenen Partei des rechten Weges (DYP) erhielt er am Sonntag bei der um ein knappes Jahr vorgezogenen türkischen Nationalwahl 27,3 Prozent der Stimmen oder in Mandaten ausgedrückt 182 Sitze in der 450 Sitze zählenden großen türkischen Nationalversammlung. Ein zweiter Altmeister der Politik in Ankara, der ebenfalls 1980 von den Generälen gebannt wurde, Necmettin Erbakan mit seiner ultrarechten fundamentalistisch orientierten Wohlfahrtspartei war der eigentliche Sieger dieser Wahl. 17 Prozent der Wahlberechtigten vertrauten der Parole, weg von Europa und volle Hinwendung zur islamischen Welt. Ein dritter aus der türkischen Altherrenriege, der frühere Ministerpräsident und Sozialdemokrat Bülent Ecevit ist der klare Verlierer dieser Wahl. Mit knapp zehn Prozent der Stimmen reichte es bei dem komplizierten türkischen Wahlsystem zu ganzen sechs Mandaten. Aber eines schaffte seine demokratische Linkspartei (DSP) wie bei der letzten Wahl auch dieses Mal wieder: Sie schwächte die politische Linke immens, sodaß eine rechnerische Mehrheit der sozialdemokratischen Volkspartei unter Erban İnönü zwangsläufig verloren gehen mußte. Die SHP erreichte mit knapp 21 Prozent der Stimmen 86 Sitze im Parlament.

Die Schwächung der politischen Linken ist eigentlich das Tragischste an dieser Nationalwahl in der Türkei. Die Schwächung der Linken ist aber auch die Folge der Spaltung in zwei konkurrierende sozialdemokratische Parteien.

Die regierende Mutterlandspartei des Staatspräsidenten Turgut Özal mußte unter Führung des jungen Ministerpräsidenten Mesut Yılmaz, der erst wenige Monate im Amt war, eine fürchterliche Niederlage hinnehmen. Mit knapp 24 Prozent der Stimmen erhielt die Partei nur noch 112 Mandate und verlor damit 155 Sitze! Bei der letzten Wahl schaffte die Mutterlandspartei mit 37 Prozent der Stimmen die sichere absolute Mehrheit im Parlament, weil Özal das Wahlgesetz ganz auf den Sieg seiner Partei zuschneiden ließ.

Warum dieser Einbruch bei der bisher alleinregierenden Mutterlandspartei? Dafür gibt es eine Reihe von Faktoren; der Hauptgrund ist wohl der Staatspräsident selbst. Er ist die Ursache Nummer eins für die bittere Niederlage der einst von ihm mit Duldung der Militärs 1983 gegründeten neuen Partei. Sein Hineinregieren vom Cankaya-Palast, hoch über Ankara gelegen, in die Tagesgeschäfte der Politik führte in der Regierungsperiode zu immer mehr Irritationen. Drei Außenminister wurden in der verkürzten Legislaturperiode verschlissen, und der Verteidigungsminister mußte seinen Hut nehmen, weil er es öffentlich gewagt hatte, zu kritisieren, daß Semra Özal, die Frau des Staatspräsidenten in Istanbul die Führung der Mutterlandspartei übernahm.

Der ganze Familienclan der Özals regierte und kassierte mit. Einer seiner Söhne konnte, obwohl es keine gesetzliche Grundlage gab, einen privaten Fernsehsender errichten, dessen Programme in Ludwigshafen am Rhein produziert wurden. Ein anderer aus dem Clan gelangte mit zweifelhaften Börsengeschäften zu "großem Ruhm". Der Zickzackkurs des Staatspräsidenten in der Kurdenfrage, irakische Kurdenführer wie Talabani und Barsani als Staatsgäste zu empfangen, in einer Zeit, in der es in der Türkei geradezu verpönt war, das Wort Kurde öffentlich auszusprechen, verstand niemand mehr. Als die Regierung dann die verbotene kurdische Sprache plötzlich freigab, war das für die Millionen Kurden in Südostanatolien zu wenig und für national gesinnte Türken bereits zu viel. Ministerpräsident Yılmaz konnte deshalb nur noch Nachschlagsverwalter einer gescheiterten Politik der Mutterlandspartei sein. Die Verelendung der Massen nahm von Jahr zu Jahr dramatisch zu. Die Slums in den Großstädten wurden größer, aber gleichzeitig wuchsen die Gewinne der Reichen sprunghaft an. Dafür sorgte eine schrankenlose nicht von sozialen Grundsätzen orientierte Marktwirtschaft mit gleichzeitig hoher Exportsubvention bei steigender Staatsverschuldung.

70 Prozent Inflation in diesem Jahr, kaum mehr bezahlbare Mieten in den Großstädten, Verarmung in der Landwirtschaft und eine über 20prozentige Arbeitslosigkeit sind eine traurige Bilanz der achtjährigen Alleinherrschaft der Mutterlandspartei. Allerdings geriet in den Sog der aufgestauten Unzufriedenheit in den großen Städten auch die sozialdemokratische Volkspartei. Sie wurde mitverantwortlich gemacht, weil fast alle großen Städte durch sozialdemokratische Oberbürgermeister regiert werden. Allerdings verfügen diese über keinen finanziellen Spielraum; sie sind total von der Zentralgewalt in Ankara abhängig. Man ließ sie sozusagen am seidenen Faden der konservativen Regierung aushungern.

Wie soll es nun weitergehen in der Türkei der Zukunft? Heute gibt es dazu mehr Fragen als Antworten. Keine Partei kann allein regieren. Eine Koalition der beiden konservativen Parteien von Demirel und Özal wäre eigentlich das Naheliegendste, es brächte auch eine satte überzeugende Mehrheit im Parlament. In ihren Programmen findet man keine gravierenden Unterschiede, die ein gemeinsames Regieren nicht möglich erschaalen ließen. Aber es gibt einen öffentlichen Schwur von "Pascha" Demirel, Staatspräsident Özal aus dem Cankaya-Palast durch eine Verfassungsänderung oder ein Zweidrittel-Mißtrauensvotum im Parlament zu verjagen. Ob der bisherige Ministerpräsident und Führer der Mutterlandspartei Yılmaz, der Brutus seiner Partei sein will, muß allerdings bezweifelt werden. Eine Koalition zwischen der Nationalistischen Wohlfahrtspartei, in deren Wahlbündnis auch die faschistische Partei des Anführers der "Grauen Wölfe", Oberst a.D. Türkeş, vertreten ist, mit Süleman Demirel ist rechnerisch möglich, aber politisch kaum denkbar. Erbakan könnte es mit allen Lagern der türkischen Politik; er hat das vor 1980, vor der Zeit der Generäle, bewiesen. Er wahl sowohl Koalitionspartner des Sozialdemokraten Ecevit und ebenso des konservativen Demirel. Eine Wiederauflage einer solchen Koalition sagte mir ein hochstehender türkischer Gewährsmann, wäre nicht nur politischer Selbstmord für Demirel, die Militärs würden dann bei einem zu erwartenden Aufflammen des Fundamentalismus als Hüter des Kemalismus nicht sehr lange diesem Experiment zuschauen.

Bliebe also eine Koalition der DP Demirels und der SHP İnönüs. Beide haben sich im Wahlkampf für den Sturz des Staatspräsidenten ausgesprochen. Beide haben sich im Parlament redlich die Rolle der Oppositionsführung geteilt. Aber damit ist es dann mit den Gemeinsamkeiten wohl auch schon zu Ende. Die türkische Geschichte der letzte Jahrzehnt lehrt jedenfalls, daß alle Koalitionsregierungen politische Instabilität in dieses Land brachten. Der Mann am Bosphorus kann also schweren Zeiten entgegengehen. Uns in Deutschland mit Millionen türkischer Mitbürger kann die politische Zukunft des 59 Millionen Volkes allerdings nicht gleichgültig sein. Die Türkei ist und bleibt nämlich die Brücke zwischen Europa und der arabischen Welt.

(-/23. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Wolfgang Thierse: Deutschland ist noch immer tief gespalten (Teil II)**

Der stellvertretende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Wolfgang Thierse hielt die Laudatio auf den Deutschlandsender Kultur anlässlich der Verleihung des Kulturpreises der Kulturpolitischen Gesellschaft. Wir dokumentieren sie in zwei Teilen.

Wie kommen wir aus dieser DDR heraus? Wie kommen wir in diesem Deutschland an? Was können, was sollen wir mitbringen? Können wir auf irgendeine Weise trotz allem als Selbstbewußte kommen oder nur als Gebückte, gar als Gebrochene? Der Bremer Politologe Claus Offe hat für die westdeutsche Bevölkerung zwei identitätsstiftende Unterscheidungen festgelegt, aus denen die Westdeutschen ihr doppeltes Überlegenheitsgefühl ziehen konnten und ziehen können. Ich zitiere: "Was ihre politische Ordnung, die liberale Demokratie, angeht, so erstreckte sich das Gefühl der Überlegenheit auf die totalitäre Ordnung der Nazivergangenheit wie der realsozialistischen Gegenwart jenseits der Ostgrenzen. Was ihre wirtschaftliche Ordnung, die soziale Marktwirtschaft angeht, so bietet die günstige Produktivitäts- und Wettbewerbsposition der Bundesrepublik gegenüber den meisten anderen Industrieländern die Grundlage

für ein hochentwickeltes Selbstbewußtsein der Westdeutschen". Zwei wahrhaftig identitätsstiftende Momente. Und was haben wir Ossis?

Ich erinnere mich an eine berühmt gewordene Rede von Martin Walsper, für die er sehr gescholten worden ist. In der sagte er, im Osten, fände er, sei etwas für uns - für die Westdeutschen - aufbewahrt. Und auch ich habe ja im Herbst '89 die Hoffnungen - wie wir inzwischen fürchten müssen: die illusionären Hoffnungen - geteilt, daß da an uns etwas dran sei, was wir in dieses gemeinsame Deutschland einbringen könnten. Ich habe sie vorhin beschrieben, die Werte unserer Notgemeinschaft. Aber wir wissen doch, daß das politische und daß das ökonomische System der ehemaligen DDR mit Notwendigkeit zusammengebrochen ist. Ich betone das deshalb, weil es immer noch einen Teil der Bevölkerung in der ehemaligen DDR gibt, der das immer noch nicht wahrhaben will. Man muß diese Notwendigkeit im Kopf behalten, um trotzdem sagen zu können und an einer Haltung festhalten zu können, die weder die einfache Negation dieser DDR-Vergangenheit meint, noch die einfache Affirmation dessen, was vergangen ist.

Ich plädiere also erstens für Trauerarbeit, für entschlossene Zuwendung zu unserer Geschichte. Das ist das Gegenteil von dem, was uns umgibt, die Haltung der Wendehäule. Ich plädiere für selbstkritische und differenzierte Betrachtung dessen, was die DDR in all ihren Bereichen und Facetten war. Wie übrigens auch dafür, wirklich danach zu fragen, was aus den ursprünglichen Idealen geworden ist, die am Anfang des Sozialismus standen. Sind sie zu retten oder sind sie einfach verloren zu geben?

Und ich sage zweitens, wir selbst, wir Ostdeutschen müssen dies tun, dürfen uns darin nicht vertreten lassen, in der Aufarbeitung unserer Geschichte. Nicht erst unsere Kinder haben diese Aufgabe und schon gar nicht diejenigen, die aus Westdeutschland aus guten Gründen oder aus weniger guten Gründen zu uns kommen, die jetzt Chefs werden, etwa beim Mitteldeutschen Rundfunk oder bestimmte Journalisten bei Zeitungen, die ich nicht für Zeitungen halte, die um des Profits willen unsere Probleme mit der Vergangenheit zu widerlichen Sensationen verwandeln.

Drittens: Wir müssen, so schwierig das ist, an unserem Selbstwertgefühl und Selbstverständnis arbeiten, dafür streiten, und zwar miteinander streiten, was uns wertvoll bleiben soll, und wer denn das ist, wenn wir immerfort "wir" sagen, dieses alte DDR-Kollektiv "wir", das es vielleicht nie gegeben hat und jetzt noch viel weniger. Friedlicher Streit, intensive Debatte ist notwendig, sonst wird wahrhaftig nichts bleiben, was unsere Identität ausgemacht hat - ob zu recht oder unrecht, werden wir dann überhaupt nicht wissen.

Und viertens: Vermittlungsarbeit zwischen den Deutschen Ost und den Deutschen West, zwischen den Europäern Ost und den Europäern West ist nötig. Ich habe dafür eine Formel, die ich immer verwende. Es ist mir noch keine bessere eingefallen: Wir müssen uns wechselseitig unsere Biographien erzählen - und dann werden wir in Ost und West feststellen, daß die im Westen nicht nur lichte Heldengeschichten hinter sich haben und die im Osten nicht nur finstere Schurkengeschichten.

Und noch ein anderer Gesichtspunkt dieser Vermittlungsarbeit: Ich bestehe darauf, wir hier im Osten wollen beteiligt sein an einer Definition dessen, was künftig "der Westen" genannt wird - wir werden ja dazugehören - oder was "Europa" genannt wird. Havel spricht von unserer "Rückkehr nach Europa". Ich hoffe, wir können künftig mitdefinieren, was dieses Europa ist oder die gemeinsame politische Kultur. Allerdings müßten unsere Intellektuellen wieder zur Sprache kommen, Sprachmöglichkeiten erhalten. Auch dazu braucht man eine Institution, wie den DS-Kultur.

Wenn wir das könnten: Heiter und traurig, traurig und heiter von unserer Vergangenheit scheiden und trotzdem zu uns stehen, die Brüche, die wohl unausweichlich sind, menschen erträglich machen könnten! Wenn wir das fertig brächten: Miteinander zu reden, die Täter und die Opfer. Ich weiß, wie schwierig manchmal diese Unterscheidung ist, aber es gibt den Unterschied. Ich bestehe auf ihm. Er ist wichtig, nämlich für die wirklichen Opfer und für alle diejenigen, die etwas aus verfehlter Geschichte zu lernen versuchen. Wenn sie miteinander reden würden, die Hauptverantwortlichen und die Nebenverantwortlichen und die Schweigenden und die Duldenden. Es gab all diese, das weiß ich noch, auch in der SED selbst. Und es gab auch den Unterschied zwischen Genosse und Nicht-Genosse. So klein er manchmal war, so groß konnte er auch sein, fast immer zuungunsten des Nicht-Genossen. Auch dies ist abzuarbeiten, wollen wir doch beide weiter mit einander in einer deutschen Gesellschaft leben.

Trauerarbeit und öffnendes Gespräch also tut not, genaue historische, ökonomische, sozial-psychologische Analyse gleichermaßen wie satirische Befreiungsschläge gegen die drückende, erdrückende Vergangenheit, die nicht vergehen will, Befreiung von Versteigerungen, von Ideologischen Besitzständen und trotzdem auch Weiterarbeit an dem, was uns in dieser versteinerten realsozialistischen Gesellschaft und gegen sie umgetrieben hat. Eben kein bloßes, jähes Wendemanöver sondern harte Arbeit an einer mühsamen Kurskorrektur so vieler Leben, so vieler Biographien!

Dafür brauchen wir Räume, Orte, eben Medien, also Zeitungen und Zeitschriften, wie zum Beispiel "Die Andere" und "Konstruktiv", den "Freitag" und "Sinn und Form" und eben einen Rundfunksender wie "DS-Kultur".

Rolf Schneider hat vor kurzem diesen Sender sehr kritisch kommentiert. DS-Kultur spiegele haargenau das müde Kulturempfinden der verstorbenen DDR wieder. Er gebe sich betulich, risikoarm und setze auf personelle Kontinuität auch der zweifelhaften Art. Der Sender diene der Bewahrung dessen, was man die DDR-Identität nennen dürfe. Soweit Rolf Schneider, der, glaube ich, den Neuanfang, den dieser Sender, das heißt seine Mitarbeiter, im Jahre 1990 gewagt haben, übersieht. - Aber wenn Rolf Schneider doch recht hätte? Auch dann, fast bin ich versucht, zu sagen, gerade dann, wäre DS-Kultur notwendig! Wie denn sollen diejenigen, die mit dem untergegangenen DDR-System identifiziert waren, aus dieser Vergangenheit den Weg finden? Das geht doch nicht nach Kehrt-marsch-Befehl und -Tempo. Jedenfalls wäre es nicht glaubwürdig. Ich finde, die neuerliche DDR-Nostalgie, jene Trotz-Identität und erst recht Larmoyanz, Weinerlichkeit oder wie immer man das freundlich oder unfreundlich nennt, nicht sonderlich sympathisch. Aber ich kann sie in Maßen verstehen. Sie können eine Form des Abschieds von der Vergangenheit sein. Sie sollten nur halt nicht überhand nehmen, weil die Nähe zur Unaufrichtigkeit zu groß ist! Es gibt eben durchaus verschiedene emotionale Weisen, sich der Vergangenheit zu stellen und sie zu verabschieden. All diese brauchen Ihren Platz.

Es darf niemanden geben, der deklariert, diese ist erlaubt und jene nicht. Man mag sie besser oder schlechter finden und darüber streiten. Deswegen müssen die ganz unterschiedlichen Formen, von der DDR-Vergangenheit zu scheiden, immer auch ihre Artikulationsmöglichkeiten haben, weil es eben unterschiedliche Geschwindigkeiten des Umlebens gibt. Mein Begriff von Kultur und Ihrer Funktion heute ist eben der, daß sie Ort für menschenetragliche Ungleichzeitigkeiten sein müsse (Übrigens auch für die Verabschiedung von Zynismus!)

Weil und insofern DS-Kultur ein eigener Anfang war im Jahre 1990 und ein Ort des Wandels ist, nicht bloß der Wende, ein Medium der Artikulation eigener Erfahrung Ost, Ausdruck - wie problematisch immer - einer DDR-Mentalität, die nicht auf Befehl zu verändern ist, deren einfache Unterdrückung den Menschen unangemessen wäre, ebenso wie der Versuch, sie lächerlich zu machen; weil und insofern DS-Kultur ein Medium der Selbstkritik und des Austausches unter uns ist; weil DS-Kultur dies ist und das Ende, die Überwindung von Zynismus und Schizophrenie, von Lüge und Lähmung, da, genau an dem Ort, wo Zynismus und Schizophrenie, Lüge und Lähmung herrschten, deshalb sind DS-Kultur und seine Mitarbeiter zu loben und deshalb wünsche ich Ihnen, daß Sie unseren gemeinsamen Prozeß der Befreiung - nicht nur des Befreitwerdens oder Befreit worden seins sondern des anhaltenden Prozesses der Befreiung - nicht nur authentisch dokumentieren - aber das wäre auch schon viel - sondern in ihm mitwirken können. Versöhnung der Ostdeutschen oder wie soll ich sie nennen, der "DDR-Deutschen" mit sich selbst und der Deutschen untereinander und mit ihren Nachbarn ist das Ziel, nicht der Anfang. Sie wird das Ergebnis eines langen und mühevollen Prozesses sein, einer harten Arbeit, die der Werkzeuge bedarf. Die öffentlichen Medien könnten, müssen solche Werkzeuge sein, wenn ihr Sinn nicht nur das Geschäft ist.

Manche Wunden bluten nunmehr nach innen, um frei aus einem der wichtigen und schönen Gedichte Stephan Hermins zu zitieren. Der Schmerz ist deshalb nicht geringer. Und schmerzvoller noch: wir werden manche sich schließen wollende Wunden offenhalten müssen um des Heilungsprozesses willen. Nicht der Schmerz, die Heilung ist das Ziel, und der Schmerz ist ihr unausweichlicher Preis. Ich wünsche den Mitarbeitern des DS-Kultur die Chance, diese schmerzende Arbeit bis zu unserer Heilung verrichten zu können. Dann erst wäre er überflüssig und wir könnten ganz heiter von ihm scheiden. Danke fürs Zuhören.

(-/23. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*